



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Maßgebliches und Unmaßgebliches

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Oft thut auf alle Fraun
 Ein matter Stuger schawn,
 Er schmacht mit 'n ganzen G'sicht,
 Warum? Es reißt ihn d' Wicht.
 Tragt unter'm Modeg'wand
 Franell und allerhand,
 Und hat statt Schnupstabak
 Schon d' Medizin im Sack —
 Ein Aſchen!

A Madl siech ich gehn,
 A Pracht, 's bleibt alles stehn.
 Wem mag die wohl g'hörn?
 Wem sonst? An alten Herrn.
 Für d' Jungen is irzt schwer,
 Sie finden gar nix mehr,
 Das ist a wahre Pflag,
 D' alten Herrn hab'n All's in B'schlag:
 Ein Aſchen!

Der ew'ge Aſchenmann
 I muß sag'n verdrießt mich schon,
 Man kann mit'n besten Will'n
 Nit wie der Anschütz spiel'n.
 Die Butten wird mir z' schwar,
 Jetzt spiel' i in Belisar,*)
 Da ruft dann rund herum
 Statt meiner 's Publikum:
 Ein Aſchen!

Oft soll ein' Oper sehn,
 Fallt einer Sängerin ein,
 S' hat just ein'n wichtigen Gang,
 Jetzt wird's a bißl krank;
 Der Hals ist einer rauch,
 Die andre zwickt's im Bauch,
 Damit nur g'spielt werden kann
 Ist halt der Aſchenmann:
 Ein Aſchen!

Jüngst frag' ich in der Stadt
 Ob wer ein Aſchen hat,
 Sitzt 's Kräutlerweib beim Stand,
 Ein Büchel in der Hand:
 Ich frag sie, was das wär,
 Sie giebt mir 's Büchel her:
 I glaub, ich bin schon todt:
 Ließt sie den Walter Scott!
 Ein Aſchen!

Ein Eh'mann schaut oft aus
 Als wär' er Herr im Haus,
 Er red't ganz streng und g'scheit,
 Thut wichtig vor die Leut'.
 Doch z' Haus, da sagt er nix,
 Sonst kriegt er d' schönsten Wix:
 Und sieht die Frau ihr'n Schön'n,
 Darf er ins Wirthshaus gehn.
 Ein Aſchen!



Maßgebliches und Unmaßgebliches

Ohne Bismarck. So nennt sich die Schrift eines Herrn Hildebrandt, die, wenn man von einigen selbstverständlichen Wahrheiten auf den ersten Seiten absieht, wohl zu dem Abgeschmacktesten gehört, was der Rücktritt des Reichskanzlers zu Tage gefördert hat, und von deren Inhalt wir nur deshalb ein paar Proben geben, weil sie zeigen, was Querköpfe auf dem Gebiet ihrer Paranoia leisten können, während sie auf andern Gebieten ganz oder doch erträglich richtig zu urteilen imstande sind. Der Verfasser beginnt mit dem Gedanken: wir müssen ihn entbehren

*) „Belisar,“ ein Trauerspiel in fünf Aufzügen von Eduard Schenk, hatte am 27. Januar 1827 bedeutenden Erfolg. Belisar war eine Glanzrolle Anschützens, dem Sophie Müller als Irene würdig zur Seite stand.

lernen; denn wie, wenn er gestorben wäre? was ungefähr so verständig ist, wie die dann ausgesprochenen Vermutungen über Ursachen des Rücktritts mit der Wirklichkeit stimmen. Dann wird Bismarcks Bedeutung in der auswärtigen Politik anerkannt, und zwar fast unbedingt und zuweilen in sehr reichlichem Maße. Wir danken ihm einen zwanzigjährigen Frieden; denn die Völker glauben infolge der Mäßigung, die sich gerade der starke Bismarck in auswärtigen Fragen auferlegt hat, an die ehrliche Absicht unsrer Regierung, die gewonnene Machtfülle nicht mißbrauchen zu wollen. „Niemals hat eine eitle Regung im Busen dieses Mannes Raum gehabt; er hat, und das recht seine Figur zu historischer Größe, nur da in kalter rücksichtsloser Energie seinen Weg verfolgt, wo es ein Etwas zu erreichen galt, das unbedingt errungen werden mußte.“ Das und manches andre hört sich recht gut an. Dann aber kommt der Politiker aus Wolkenkuckucksheim zum Vorschein und zeigt uns die Rehrseite des Bildes, nach der wir den Rücktritt des Reichskanzlers nicht bloß als keinen Verlust, sondern als ein „Glück für das deutsche Volk“ betrachten sollen. Der nationale Bismarck ist ihm „eine fragwürdige Gestalt“; „und wenn die Spuren seiner innern Politik weniger dauernde sein werden, wenn hier nur Scheinerfolge und Mißerfolge zu sehen sind, wie in seiner Wirtschaftspolitik, im Kulturkampf und im Kampfe mit der Sozialdemokratie, so wird man die Ursache wohl darin finden, daß er sich weit weniger als deutscher Staatsmann, denn (!) als der ergebene Diener des Hauses Hohenzollern fühlte.“ Er hätte mit kühner Hand die Trennung des Staates von der Kirche vollziehen, die nationale Schule auf dem Felsen der freien Wissenschaft errichten müssen, dann hätte er in dreißig Jahren den letzten Römer deutscher Nation zu Grabe sinken sehen. Aber er kam über das römisch-christliche Gottesgnadentum nicht hinaus, und da er dieses nicht gefährden wollte, schloß er Frieden mit der Kirche. Bismarck hätte ferner eine gründliche Sozialreform vornehmen müssen, die allein die Bestrebungen der Sozialdemokraten hemmen konnte, welche bereits „auf eine Heeresfolge von anderthalb Millionen blicken“ und nicht bloß die stärkste Partei in Deutschland, sondern innerlich eins sind, „beseelt von dem Gedanken an ein Friedens- und Freiheitsreich der Zukunft.“ Er hat die Erkenntnis der Notwendigkeit solcher Maßregeln und die Mittel und Wege zu ihnen nicht gefunden. „Man wird seine Sozialreform einwerfen und in ihr einen Akt vorausschauender Gesetzgebung erblicken wollen, aber das wäre sehr kurzichtig. Der Kampf gegen die Sozialdemokratie war mit dem Blut- und Eisenrezept allein nicht zu führen, man mußte auch mit einigen innern Reformen hervortreten, umso mehr, als das ängstlich gewordene Philistertum ihnen einige Heilkräft beimaß. Aber der Kanzler kannte genau den Wert der Sache und suchte wie ein geriebener Kaufmann die höchsten Preise dafür herauszuschlagen. Das Tabaksmopol bewilligte man ihm zwar nicht, aber die Zollquelle machte man ihm ergiebiger, die indirekten Steuern ließ man ihm wachsen, den Spiritus ließ man bluten, daß es nur so eine Freude war.“ Man sieht, unser Kritiker drückt sich immer feiner aus, und schließlich entpuppt er sich vollständig mit dem Satz: „Nix zu handeln! Das ist das Motto der ganzen innern Politik Bismarcks, das ganze Geheimnis seiner Regierungskunst, mit allen Parteien fertig zu werden. Sie konnten alle etwas gebrauchen, und wie ein nüchterner Geschäftsmann richtete er sich ganz nach der Konjunktur und machte heute in Kulturkampfgesetzen, morgen ein guter Staatsmann gewesen sei, wird man schwer beweisen können. Was macht denn die Staatskunst aus? Ihr höchstes und einziges Ziel ist die Wohlfahrt des Volkes, das Problem, vor dem sie ewig steht, lautet: die höchste Summe von

Glück für die größtmögliche Zahl." Die Wege dazu hat Bismarck nicht gewußt. Aber Herr Martin Hildebrandt sieht sie deutlich, und auf den letzten Seiten seines Opus legt er der neuen Regierung die Ergebnisse seines Nachdenkens in Gestalt eines förmlichen Programms vor. Es lautet in seinen Grundzügen: „Die soziale Bewegung entspringt dem wirtschaftlichen Niedergange der arbeitenden Schichten des Volkes, erzeugt durch die übermächtige Stellung des Kapitals gegenüber der Arbeit. Daher Schutz dem kleinen Manne vor der Vernichtung seiner Existenz, Herstellung eines gesunden Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit. Zur Verwirklichung dieser Forderungen dann zunächst Reform der Zivilrechtsordnung, insbesondere des Gerichtsvollzuges; keine Anwaltsmonopole, keine Existenzvernichtung durch den Gerichtsvollzieher mehr, ein schnelles und humanes bürgerliches Recht. Ferner Anerkennung, daß die übermächtige Stellung des Kapitals gegenüber der Arbeit aus dem privaten Eigentumsrechte an Grund und Boden hervorgeht, durch die Beseitigung dieses Sonderrechtes, das die Früchte der gemeinsamen Arbeit in die Taschen Einzelner führt. Der deutsche Grund und Boden ist das gemeinsame unveräußerliche Eigentum des deutschen Volkes, das nur zum Nutzen der Gesamtheit verwaltet werden darf. Ein Gesetz hat das Grund- und Bodenrecht so zu regeln, daß dem Volke der Ertrag seiner nationalen Arbeit ungeschmälert zu teil wird. Die Gestaltung dieser Arbeit entwickle sich mittelst einer den gegebenen Verhältnissen entsprechenden freien genossenschaftlichen Zusammenschließung.“ Weiter wird verlangt „Aufhebung aller direkten und indirekten Staats- und Gemeindesteuern. Die Einziehung der Grundrente und die Verteilung der Einnahmen aus dem Bodeneigentume des Volkes ist so einzurichten, daß die Gemeinde dem Staate und der Staat dem Reiche die Mittel bietet, die ihr Haushalt erfordert. Daneben vollständige Trennung des Staates von der Kirche und Verbannung des Religionsunterrichts aus der Schule, die kein anderes Ziel haben soll, als eine auf der Grundlage der modernen Wissenschaft ruhende Bildung und Erziehung des Volkes. Endlich vollständige Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht.“

Da hätten wir die Lösung des größten Rätsels der Gegenwart, die Apotheke, aus der allein die kranke Zeit geheilt werden kann. Ob die neue kaiserliche Regierung davon Gebrauch machen, ob sie das Programm des Verfassers mit Nutzen lesen wird?

Noch einmal das Freiwilligenprüfungswesen. In dem Aufsatze, den die Grenzboten am 17. April über das Freiwilligenprüfungswesen brachten, sind die jetzt bestehenden Verhältnisse so sachgemäß und richtig dargelegt und beurteilt, daß kaum etwas zu erinnern bleibt. Vielsache Zustimmung, besonders unter denen, die, wie der Schreiber dieser Zeilen, die Dinge aus eigener, langjähriger Erfahrung kennen, wird namentlich die Kritik finden, die an der gegenwärtigen rechtlichen Stellung der sogenannten „außerordentlichen Mitglieder“ der Freiwilligenprüfungskommissionen geübt wird. Denn „außerordentliche Mitglieder“ sind jetzt eben die, die zu prüfen haben, also die eigentliche Arbeit thun, während die „ordentlichen Mitglieder“ aus Juristen und Offizieren bestehen, die überhaupt nicht prüfen, und denen die hier in Frage kommenden Unterrichtsgegenstände doch auch ferner liegen, zumal da die Herren erfahrungsmäßig ziemlich häufig wechseln, während die „außerordentlichen Mitglieder“ oft viele Jahre in ihrer Stellung bleiben. Indes will ich gern bekennen, daß ich niemals einen Fall, wie den in jenem Aufsatz erwähnten, erlebt habe, daß nämlich die ordentlichen Mitglieder gegen die Stimme sämtlicher außerordentlichen Mitglieder sich für die Erteilung des Berechtigungsscheines ent-

schieden haben. Im Gegenteil haben in der Kommission, der ich seit vielen Jahren angehöre, die Mitglieder beider Gruppen stets einträchtig zusammengearbeitet, und das wird wohl auch die Regel sein.

Aber es möge bei dieser Gelegenheit gestattet sein, noch einige andre Punkte zur Sprache zu bringen, nämlich die von vielen Seiten geforderte und, wie es scheint, an maßgebenden Stellen auch bereits in Aussicht genommene Abänderung des Freiwilligenberechtigungswesens. Daß der gegenwärtige Zustand manche Nachteile hat, insofern namentlich die Unter- und Mittelklassen (bis zur Untersekunda) vieler höheren Anstalten mit solchen Schülern überfüllt sind, die ihr Freiwilligenzeugnis nur „erzigen“ wollen, um dann abzugehen, die somit gewissermaßen, wie man es wohl auffaßt, als toter Ballast mitgeschleppt werden, ist ohne weiteres zuzugeben. Namentlich die preußischen Gymnasien scheinen diesen Übelstand vielfach sehr schwer zu empfinden, und die Realgymnasien leiden wohl ganz im allgemeinen darunter. In den humanistischen Gymnasien Sachsens ist er dagegen im ganzen sehr wenig hervorgetreten, betrug doch dort in einem sehr stark besuchten großstädtischen Gymnasium die Zahl der in den letzten fünf Jahren aus der Untersekunda, also mit der Berechtigung zum einjährig-freiwilligen Dienst abgegangnen Schüler im ganzen nur 7,5 Prozent aller Untersekundaner (22 von 297). Die Erklärung dieses Unterschiedes liegt wohl vor allem darin, daß in Sachsen die sechsklassigen lateinlosen Realschulen, deren Abgangszeugnis jetzt diese Berechtigung gewährt, verhältnismäßig viel zahlreicher sind als in Preußen, daß also in Sachsen viele, die in Preußen ein Gymnasium besuchen müssen, um dann dies Zeugnis zu erlangen, in Sachsen in Realschulen unterkommen. Es würde also die vielbeklagte Überfüllung der höhern Mittelschulen mit solchen an sich nicht eben wünschenswerten Elementen auch in Preußen sich wesentlich vermindern, wenn hier die Real- oder höhern Bürgerschulen sich entsprechend vermehrten, worauf ja auch jetzt hingearbeitet wird. Beiläufig mag doch auch bemerkt sein, daß der Mangel einer „abgeschlossenen Bildung,“ den solche empfinden sollen, die aus der Untersekunda eines Gymnasiums abgehen, mehr in der Einbildung als in der Wirklichkeit besteht, denn „abgeschlossen“ ist auch die Bildung, die eine lateinlose Realschule in sechs Jahren vermittelt, wahrhaftig nicht, am wenigsten in den Fächern, in denen ihr eigentümlicher Unterschied beruht, in den beiden neuern Sprachen.

Wie soll nun verfahren werden, wenn das jetzige Berechtigungswesen fällt? Wenn, wie es von manchen Seiten empfohlen wird, das Freiwilligenrecht etwa an das Abgangszeugnis eines humanistischen oder eines Realgymnasiums geknüpft würde, so würde das wahrscheinlich die Überfüllung, über die jetzt die Mittelklassen klagen, auch in die Oberklassen verpflanzen. Sodann würde darin, da man doch den Realschulen mit sechsjährigem Kursus ihr Freiwilligenrecht schwerlich entziehen kann, eine schreiende Ungerechtigkeit gegen die Mittelschulen mit neunjährigem Kursus liegen. Man könnte aber auch Abhilfe suchen in der Einführung einer Prüfung vor einer Kommission, der alle das Freiwilligenrecht erstrebenden Schüler aller Lehranstalten ohne Unterschied sich zu unterwerfen hätten. Dafür würden aber die jetzigen Prüfungskommissionen nicht im entferntesten ausreichen. Denn wenn es schon jetzt, wo es sich zu Ostern und Michaelis bei ihnen um höchstens zwanzig bis dreißig Prüflinge handelt, gar nicht so leicht ist, unter den gewöhnlich den verschiedensten Lehranstalten angehörigen „außerordentlichen Mitgliedern“ eine Übereinstimmung über die wenigen Tage der Prüfung herbeizuführen, da sie gerade in diesen Zeiten des Schuljahres von ihren eignen Anstalten stärker in Anspruch genommen werden als sonst, so würde eine solche Vereinbarung, wenn die Zahl der

Prüflinge und demgemäß auch der Prüfungstage sich auf das Vier- und Fünffache oder gar in noch stärkerem Maße steigerten, ganz unmöglich, ja es würde selbst sehr fraglich sein, ob sich für eine so aufreibende Prüfungsthätigkeit die genügende Zahl von „außerordentlichen Mitgliedern,“ deren Teilnahme bekanntlich eine ganz freiwillige, mit ihrem Schulumt gar nicht zusammenhängende ist, überhaupt finden würde. Man müßte also dann die Zahl der Prüfungskommissionen ansehnlich vermehren, vielleicht in jeder Stadt, die ein paar höhere Lehranstalten besitzt, eine errichten, oder man könnte die Bewerber einfach den Schulen unmittelbar zur Prüfung überweisen. Freilich würde die Prüfung der Schüler einer solchen Anstalt durch ihre eignen Lehrer das Überflüssigste von der Welt sein, da diese doch den Kenntnisstand ihrer Zöglinge schon durch die Michaelis- und Osterprüfung genügend ermitteln. Unter allen Umständen würden wir in ein wahrhaft chinesisches Prüfungsweisen hineinsteuern, und die schweren Übelstände, die sich mit jeder Prüfung vor solchen Lehrern, denen der Prüfling fremd ist, unvermeidlich verbinden, wie vor allem das äußerliche Einpausen toten Kenntniskrames für äußerliche Zwecke, würden sich ins Ungemessene steigern.

Sicherlich stößt also jede Änderung der bestehenden Verhältnisse auf bedeutende Schwierigkeiten, und man dürfte, indem man den Ausweg aus drückenden Verhältnissen sucht, leicht in Übelstände hineingeraten, die viel ärger sind als die bestehenden. Die radikalen Schulreformer freilich, die nach der sechsjährigen lateinlosen Einheitschule als Unterbau für das ganze höhere Unterrichtswesen rufen und damit das Heilmittel für alle Beschwerden gefunden zu haben meinen, würden Rat schaffen, denn nach ihrem Vorschlage würde die Freiwilligenberechtigung einfach jedem zukommen, der diese Schule durchgemacht hat. Aber mit einer solchen „Reform,“ die nach der festen Überzeugung weiter Kreise, keineswegs nur „vortüchtlicher Philologen,“ unsre ganze Kultur aufs tiefste schädigen würde, möge der Himmel unser vielgeplagtes Volk verschonen; das Heilmittel wäre schlimmer als das Übel.

Ein politisches Glaubensbekenntnis Guklows. Der nachstehende, bisher nicht veröffentlichte Brief Guklows an Herrn S. — von 1842 bis zu seinem Tode 1872 Stadtverordnetenvorsteher in Schweidnitz, 1847 und 1848 Mitglied des vereinigten Landtages (Fraktion: von Vincke) — ist uns von dem Sohne des Empfängers, Professor S., als Beitrag zur Charakteristik Guklows zur Verfügung gestellt worden.

Gehrter Herr!

Man hat den Unterzeichneten in Kenntnis gesetzt, daß Sie auf den politischen Geist Ihres Wohnortes von nicht geringem Einfluß sind. Wenn Sie sich an dem Komitee beteiligt haben, das für Ihren und die umliegenden Kreise zur Wahlbewegung auffordert, so werden Sie vielleicht schon wissen, daß sich der Unterzeichnete für die Zweite Kammer angeboten hat. Über alles Persönliche verweise ich Sie deshalb auf meine Eingabe, einige anliegende Dokumente meiner Gesinnung, einige Andeutungen meiner Auffassung der schwebenden preußischen Streitfrage. Ich wiederhole, daß ich durch einen vom 17. Dezember vorigen Jahres ausgestellten Heimatschein für fernere drei Jahre preußischer Unterthan, also wählbar bin.

Ich bin kein Kommunist, kein Anarchist. Ich würde mich in eine Republik finden können, wenn eine solche durch ein Geschick des Himmels verhängt würde.

Eine Republik herbeiführen wollen, ist kein Werk künstlicher Agitation. Ich bin Demokrat in dem Sinne, daß mir der Staat und seine Form nur des Volkes wegen da ist. Ich anerkenne nur das Recht der Könige, das ihnen die Rücksicht für das Wohl aller übertragen hat. Die preußische Dynastie leidet noch zu sehr an der Selbstüberhebung der Eitelkeit, am Stolz angeborener Einbildungen. Diese sind zu bekämpfen, diesen gegenüber ist das freie Bürgerbewußtsein mit edlem Mute aufrecht zu erhalten, mit aller Entfagung geltend zu machen. Doch wollen wir uns hüten, den preußischen Staat gerade jetzt, wo er Deutschland und der Welt gegenüber eine so große Aufgabe zu lösen hat, innerlich zu schwächen. Der Prinzipienstreit darf das Gewicht nicht schmälern, mit welchem Preußen seinen Einfluß, seine Geltung in die Waagschale der Entscheidung zu legen hat. Deshalb bin ich nicht dafür, daß die neuen Vertreter mit zuviel Leidenschaft an dasjenige Werk anknüpfen sollen, das am 9. November in Berlin stehen geblieben ist. Eine großartige Satzfaktion muß der intelligente Teil unsers Vaterlandes den Deputirten geben, die nach dem 9. November unter den Bajonetten fortzutagen wagten — das ist Ehrenpflicht, der jämmerlichen reaktionären Wühlerei gegenüber — aber eine Persönlichkeitsfrage darf die allgemeine Sache des Landes nicht werden. Die Krone soll erfahren, daß sie Unrecht gethan hat die eben erst gründernden Keime eines neuen aus der Märzrevolution hervorbliühenden Rechtes, das Recht der Vereinbarung, zertreten zu haben. Sie soll wissen, daß sie die Gefahren vergrößerte, die Unfreiheit der Versammlung in Berlin übertrieb, nur um ihre alte einseitige Kraft zu zeigen und dem Soldatengeiste, der nach Wiedereinsetzung in seine alte Herrlichkeit verlangte, eine Genugthuung zu geben. Die oktroirte Verfassung soll uns als ein Zugeständnis willkommen sein, keineswegs aber als ein Gesetz. Die Revision, die der König voraussetzt, bietet die friedlichste Handhabe zu einer Versöhnung; die Revision setzt die Arbeit da fort, wo wir am 9. November standen und beide Kammern vereinigen sich in jene frühere Generalrepräsentation des Volkes, das mit seinen Fürsten über die Bedingungen gegenseitiger Rechte und Pflichten unterhandelt. Unterliegt diese Ansicht, so mögen die, die die Gewalt haben, der Geschichte dafür verantwortlich bleiben! Der Volksfreund kann dann nur noch an das Einzelne sich halten, an diejenigen Gesetze, die dazu beitragen sollen die Lasten zu erleichtern, das Vertrauen wieder herzustellen und jene innere Freiheit der Geister anzubahnen, mit der wir bei aller Bildung doch bei uns leider noch sehr wenig gesegnet sind.

Ich habe achtzehn Jahre unabhängig gelebt, ich habe keinen andern Ehrgeiz, als die Wahrheit zu befördern. Ich gehe ruhig meinen Weg, aber ich gehe ihn fest und unerschrocken. Ich fühle mehr für die Niedrigen als für die Hohen, ich gestehe, daß ich den Übermut der Letztern hasse, ebenso wie ich mich nimmermehr unterfangen würde, von unsrer irdischen Bestimmung zu sagen, sie könne eine ganz vollkommene werden. Man soll dem Armen Hilfe geben, aber nicht mit Glückseligkeiten quälen, die keine menschliche Hand beschaffen kann.

Ich glühe für die großen und schönen Zwecke des Lebens, für Freiheit, Vaterland, für Aufklärung, für allgemeine Bildung. Was diesen Zwecken im Wege steht, ist mir verhaßt, und nimmer würd' ich ruhen, es zu verfolgen. Aber ich prüfe gern, ich höre gern beide Ansichten, ich urteile erst, wenn ich die Thatfachen übersehen habe. Vielleicht giebt mir diese Stimmung Veruß zum Gesetzgeber, Veruß zum Anwalt des Volkes; denn das Volk ist eben der Ausdruck der widerstreitendsten Interessen.

Hätt' ich die Garantie, daß in den oben genannten Wahlkreisen eine Zahl Stimmen entschieden geneigt wäre, auf mich zu reflektiren, so käme ich und redete, wie mir ums Herz ist. Lieber freilich wäre mirs, ich sände schon vorher so viel Vertrauen, daß ich erst käme, wenn ich gewählt wäre, und dann jedes braven Mannes, der sich mir vertrauen will, Sache und Anliegenheit zur meinigen machte, hörte und forschte, was von Lokalbedürfnissen, Lokalbeschwerden Berücksichtigung verlangen darf. Antworten Sie mir hierüber, geehrter Herr, gefälligst in kürzester Zeit! Auch diesen Brief mögen Sie als einen offenen betrachten und ihn jedem zeigen, der sich über mich genauer unterrichten möchte, auch drucken und verteilen lassen, wenn Sie wollen.

Im übrigen beruf' ich mich auf meine Zuschrift an den Ausschuß. Können Sie meine Wahl fördern, so würd' ich Ihnen dafür die Hand drücken im Namen einer gemeinschaftlichen edeln Sache.

Mit wahrer Hochachtung nenn' ich mich, geehrter Herr,

Ihren ganz ergebensten

Dr. C. Gutzkow

Dresden, den 25. Januar 1849

Gutzkow wurde damals in Schweidnitz nicht gewählt.

Marie Ebner und der Wiener Adel. Die Beilage der „Münchener Allgemeinen Zeitung“ vom 10. April (Nr. 99) enthält eine in mehrfacher Beziehung so merkwürdige Kritik der neuesten Erzählung von Marie v. Ebner-Eschenbach: „Anföhrbar,“ daß wir uns hier, wo die künstlerische Bedeutung der Dichterin mit mehr Liebe als irgendwo sonst nachgewiesen worden ist, nicht enthalten können, einige Bemerkungen dazu zu machen. Zunächst muß der auffallende Umstand hervorgehoben werden, daß die Kritik nicht von dem ebenso gelehrten als einsichtsvollen litterarischen Korrespondenten der Münchener „Allgemeinen Zeitung“ (Anton Bettelheim) herrührt, sondern mit dem Zeichen des politischen Vertreters der Zeitung in Wien versehen ist, und dieser Politiker dürfte der österreichischen Regierungspresse nicht fern stehen. Es ist also die heutzutage ziemlich selten gewordene Erscheinung zu beobachten, daß ein Roman, obendrein ein „Frauenzimmerroman,“ die Aufmerksamkeit der politischen Kreise auf sich lenkt. In Wahrheit ist dies ein großer Erfolg der Dichterin, aber auch ein merkwürdiges Zeichen für die Wandlung der Dinge in Oesterreich. Marie Ebner, die selbst dem hohen Adel Oesterreichs entstammt, sogar einer alten Soldatenfamilie, hat sich ihren litterarischen Ruhm vorzüglich durch ihre ebenso lebenswürdigen als vornehmen und dabei doch schneidigen Satiren auf ihre Standesgenossen erworben. Sie hat diese Figuren in die Litteratur eingeführt, dieses Gebiet gleichsam entdeckt; was die Ossip Schubin, Bertha von Suttner u. a. geleistet haben, ist auf die Ebner zurückzuführen. Für den aufmerksamen Leser ihrer Schriften hatte aber ihre Satire stets gleichsam einen mütterlichen Charakter. Ohne Haß — die Ebner kann gar nicht hassen! —, ohne Parteilichkeit, mit dem reinsten Streben nach Wahrheit und nach Besserung der Menschen durch das Vorhalten eines ungetrübbten Spiegels entwarf sie ihre poetischen Charakterbilder des Wiener Adels, als dessen Mitglied sie sich stets fühlte, was sie auch nie verleugnete. So ruft einer ihrer Lieblinge in „Comtesse Paula,“ der Baron Schwarzburg, schmerzlich aus: „»Idealist!« Sei du es mir! Ringe gegen das mächtige Element, vergeude deine Kraft im erfolglosesten Kampfe! Ringe dich los von allen, die seinem irischen, frohen Laufe folgen, die deinesgleichen, deine

Genossen, deine Brüder waren, und deren Widersacher du geworden bist, deren Interessen du bestreitest, deren Überzeugungen du verleugnest, und — an denen du doch mit allen Fibern deines Herzens hängst!“ In diesen Worten liegt ein persönliches Bekenntnis der Dichterin. Sie fühlt sich noch immer als Gräfin, wenn auch ihr gesunder Sinn den Wert des Menschen nicht nach seiner Herkunft, sondern nach seinem eignen sittlichen Thun zu bestimmen gelernt hat; aber eine Feindin des Adels ist sie so wenig geworden, so wenig sie überhaupt dem Menschenhaß in ihr Herz Einlaß gestattete. In andern Novellen und Erzählungen hat sich ihre Satire gegen die reichen und hartherzigen Bankiers (Wieder die Alte) gerichtet; die Beschränktheit des stolzen bürgerlichen Pfefferkacks hat sie schon im „Bozena“ gegeißelt; niemals vergaß sie, den satirischen Gestalten lichtvolle, ideale Menschen gegenüberzustellen, auf „Comtesse Muschi“ folgt unmittelbar „Comtesse Paula,“ und kaum jemals schilt es selbst in ihren satirischen Adelsgestalten an Zügen, die uns trotz aller Schwächen doch für sie wegen ihrer Ritterlichkeit und Frische einnehmen. Wenn nun da ein Kritiker kommt und sich zum galanten Verteidiger der „berühmten Wiener Comtessen“ mit folgenden Sätzen aufwirft: „Vollends lassen wir auf die »Einzigsten in ihrer Art, die berühmten Wiener Comtessen,« wie Frau v. Ebner sagt, nichts kommen. Das mögen Mädchen sein, die in ihrer Art, sich zu geben und zu sprechen, etwas amerikanisch frei erscheinen, aber das sind offene, gesunde (auch körperlich frische) Naturen, nicht zimperlich und die Augen niederschlagend, denen aber doch niemand nahe zu treten wagen dürfte: sie würden nicht nach »Müthern« rufen, sondern sich selbst Genugthuung verschaffen. Sie heiraten, nachdem sie ihre Jugend genossen, standesgemäß. Denn sie halten an den Traditionen fest und haben viel Familiensinn, werden gute Ehefrauen und gute Mütter, stets durch und durch Damen der großen Welt“ — so muß man sagen, daß es doch geradezu komisch ist, die Ebner mit ihren eignen Waffen schlagen zu wollen. Denn das Bild, das der Kritiker in diesen Sätzen entwirft, ist ja ganz und gar das der Comtesse Muschi, der berühmtesten aller Wiener Comtessen. Wie kann man also der Dichterin vorwerfen, daß sie die Comtessen nicht kenne? Das ist doch schon absichtliches Mißwollen und Mißverstehen. Was aber der Kritiker hinter der Phrase „durch und durch Damen der großen Welt“ verbirgt, das eben deckt die Ebner mit lobenswerter Rücksichtslosigkeit auf, indem sie uns die banalen Interessen dieser „großen Welt“ offenbart, die in der Freude am Sport und Turf ihren Gipfelpunkt finden. Nicht gegen den Charakter der Comtessen, sondern gegen ihre Ideale hat sich die Satire der Ebner gerichtet. Und ist das etwa nicht berechtigt? Kann man diesen ablichen Kreisen, die sich durch Darstellung lebender Bilder, pompöser Ballette u. dergl. vor der Reinsaison die Zeit vertreiben, edlere Beschäftigungen nachweisen? Der Kritiker weist ferner darauf hin, daß sich der österreichische Adel gegenwärtig überall an den Staats- und Privatgeschäften mit Eifer beteilige. Das ist wahr; Graf Taaffe hat mit rücksichtslosem Nepotismus überall in der Staatsverwaltung die Ablichen allen andern Beamten vorgezogen, und unser Kritiker unterläßt es auch nicht, den Grafen Taaffe als Autorität zu zitiren. Wie aber darf man der Ebner den Vorwurf machen, daß sie diese Zustände nicht kenne, da sie es doch war, die vom Beginn ihrer litterarischen Laufbahn an die Notwendigkeit der Teilnahme des Adels an den Staatsgeschäften und großen Industrieunternehmungen nachdrücklich gefordert hat, und die alle Satire nur gegen jene Überlieferung der grands seigneurs richtete, die die Arbeit nur als Pflicht der Bürgerlichen, den Müßiggang als Vorrecht des Adlichen bezeichnete? Wenn sich die Zeiten geändert haben, so muß die Gerechtigkeit einen Teil des Dankes für diese Besserung Marie Ebner zuerkennen.

Sa auch die Empfindlichkeit, womit der Adel Wiens ihre Satire aufnimmt, und die sich in dem Sage unsers Kritikers verrät: „Nur eines sollte sie einmal lassen, denn sie läuft damit Gefahr, eintönig zu werden, und erscheint überdies in ihrem Urteil besangen oder beeinflusst: wir meinen das fortwährende Ironisieren, Bespötteln, Benörgeln des österreichischen Adels“ — diese ganz neu erwachte Empfindlichkeit selbst ist eine Frucht ihrer Satire, und nicht die geringste, wie man hinzufügen darf. Denn wozu anders schreibt man Satiren, als um aufzurütteln und das tadelnswerte Bestehende zu ändern? Die durch den ganzen Aufsatz durchgehende Ungerechtigkeit des Kritikers besteht darin, daß er den Spieß umkehrt, daß er, anstatt die Ebner zu preisen, sie tadelt. Was die „Eintönigkeit“ ihrer Schriften betrifft, so kann diese nur jemand behaupten, der sie nicht kennt oder — nicht kennen will.

Auf die rein ästhetischen Auslassungen des Rezensenten einzugehen, die noch weniger gerecht sind, unterlassen wir. Nur das eine wollen wir bemerken, daß er als richtiger Journalist auch hier den Standpunkt der allerneuesten Mode einnimmt, um die Ebner tadeln zu können. Er stellt sich auf den Standpunkt des Naturalismus, den die Dichterin vielfach in ihren Büchern (schon im „Gemeindekind“) bekämpft, als wenn die naturalistische Manier die einzig berechtigte wäre; er geht von einer Parallele des Irréparable von Bourget aus, das nicht entfernt an die sittliche Größe von „Unsähnbar“ heranreicht; einen Augenblick streift er die Wahrheit, wenn er sagt: „Zwar hatte uns Frau v. Ebner, ungleich Bourget, ihre Heldin nicht anatomisch sezirt (und mehr oder weniger wäre es notwendig gewesen, sollte die That, die sie begeht, wahrscheinlich sein)“ — also „anatomisch“ soll die Heldin sezirt werden müssen, wenn wir ihre That (den mit halbem Bewußtsein vollbrachten Ehebruch) begreifen sollen? Der Rezensent meinte wohl „psychologisch“ sezirt? und dann: wie darf sich ein so unkünstlerischer Geist an eine Künstlerin wie die Ebner wagen, sie auch im Handwerk zu tadeln! Er weiß gar nicht, daß diese Analysen der Seelenzustände ganz im Gegenteil künstlerische Thymacht bedeuten, daß der rechte Künstler nicht durch Analyse des Innern, sondern durch Darstellung des Menschen in Handlung seine Fabel vorwärts treibt! Aber er fährt fort: „Oder wollte sie einen Beweis für die These beibringen, daß das Innerste eines Menschen eine Persönlichkeit verstecke, die wir nicht kennen, die ethische Person, die wir mit »Ich« benennen, ebenso wenig eine einfache sei, wie unser materieller Körper und in uns tief verborgen und uns zumeist lange unbewußt, ein von dem äußern Menschen oft ganz verschiednes Ich enthalten sei? Es würde diese Voraussetzung jedoch nicht zum Charakter der Erzählung und ihrer weitern Entwicklung stimmen!“ So? er meint wohl den sogenannten „intelligiblen Charakter.“ Einen „Beweis“ für eine „These“ zu bringen ist überhaupt nicht Aufgabe der Kunst, also auch nicht Marie Ebners. Aber in ihren Novellen geht sie allerdings, und nicht bloß in „Unsähnbar,“ von dem sich selbst noch nicht klaren Menschen aus, der im Laufe der Erzählung erst zum richtigen Selbstbewußtsein gelangt; man denke an den „Kreisphysikus,“ an „Nach dem Tode,“ an das „Gemeindekind.“ Wir finden gerade einen ihrer höchsten künstlerischen Vorzüge in dieser ihrer Kunst, die Menschen im Erwachen darzustellen, und wenn ihn der Rezensent nicht auch in der Vorgeschichte des Falles von Maria Dornach finden will, so liegt das nicht an der Darstellung von „Unsähnbar.“ Nur bei sehr flüchtigem Lesen wird man einen Bruch in der Charakteristik dieser Heldin des sich selbst richtenden Gewissens finden können.